

## Nach der Hamburger Tagung

Die von den Herren Witthoefft, Warburg und Huldermann, als Wortführern der hamburgischen Kaufmannschaft am 15. Juni gehaltenen Reden über Handel, Währung und Schiffahrt in der Übergangswirtschaft sind nicht nur von den anwesenden Reichstagsabgeordneten, sondern auch von dem größten Teil der deutschen Presse freundlich und verständnisvoll aufgenommen worden. Es scheint, daß auch der Binnenländer den Eindruck empfangen hat, daß hier mehr vorlag als eine der vielen üblichen Kundgebungen von Wirtschaftskreisen, in denen das Sonderinteresse einer Gruppe von Produzenten oder Konsumenten mit einem billigen Aufwand von dialektischen und rhetorischen Mitteln zum Gesamtinteresse der deutschen Volkswirtschaft umgedeutet zu werden pflegt. Gegen Kriegssozialismus und gegen Wirtschaftsbürokratie in der Übergangszeit ist seit Monaten viel geredet und geschrieben worden. Was die hamburgischen Vorträge von der Mehrzahl dieser Äußerungen unterscheidet, ist die kaufmännische Klarheit und Ruhe, mit der die Redner die Front der hamburgischen Opposition bezeichneten. Sie haben sich nicht gegen Staatskontrolle und Wirtschaftsorganisation schlechthin gewendet, sondern gegen das Überwuchern des Organisations- und Zentralisationsgedankens, gegen die starre Festlegung von Maßnahmen, bevor noch die Umstände übersehbar sind, unter denen sie getroffen werden sollen, am meisten aber gegen den Geist der obrigkeitlichen Bevormundung und des behördlichen Mißtrauens. Es geht daher nicht an, die Redner der Tagung als Vertreter des Manchesterturns zu bezeichnen, wie es die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ tut. Auch Herr Huldermann, der gegen die Politik des Reichswirtschaftsamts die lebhaftesten Einwände machte, bekannte sich nachdrücklich zum Grundsatz des Agrarschutzes und der Sozialpolitik. Die Argumente des Herrn Witthoefft trafen nicht den Gedanken einer Regelung des wirtschaftlichen Wiederaufbaus, sondern die schematische Übertragung kriegswirtschaftlicher Organisationsformen auf die Friedenswirtschaft. Und das Referat des Herrn Warburg forderte zwar die Aufhebung des Devisenmonopols nach Friedensschluß und die Wiedereinschaltung der Aktionärs, der Phantastie und der Verantwortung des einzelnen. Aber auch er verurteilte nicht staatliche Eingriffe in das Wirtschaftsleben überhaupt, sondern nur ihre verfrühte Festlegung und ihre Anwendung an Punkten, wo der freie Wettbewerb das volkswirtschaftliche Problem mit größerer Aussicht auf Erfolg lösen kann.

Das Warburgsche Referat hat, meist bei den gleichen Kritikern, eine zweiseitige Beurteilung erfahren: man lobte allgemein seine fast gelehrtenhaft anmutende Durchsichtigkeit und Solidität des Aufbaus und der Argumentation; zugleich aber sind die stärksten Zweifel an der Haltbarkeit des von ihm verteidigten Standpunkts laut geworden. Der Aussatz der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ geht soweit, von einer nur „theoretisch“ gebliebenen Darlegung zu sprechen. Wenn hierunter verstanden werden sollte, daß die Befolgung der Warburgschen Ratschläge in der Praxis zu unerwünschten Folgen führen würde, so würde man ihnen zugleich den Ehrentitel der Theorie absprechen müssen. Denn es ist — in den Staatswissenschaften in ihrem Verhältnis zur Politik nicht anders als in den Naturwissenschaften in ihrem Verhältnis zur Technik — das Kennzeichen richtiger Theorie, daß sie die Grundlage für ein zweckmäßiges Handeln abgibt. Theorie und Praxis verhalten sich wie Auge und Hand. Wenn dieser Sachverhalt so oft verkannt wird, so liegt das daran, daß der Praktiker nur an die schlechten Theorien zu denken pflegt, die in der Tat sehr häufig sind — nicht häufiger indessen, als die Fälle unzureichender Praxis.

Daß der Grundgedanke des Warburgschen Vortrags trotz der Klarheit seiner Entwicklung bei einem Teil der Hörer so großen Widerständen begegnet ist, würde schwer erklärlich sein, wenn nicht daran erinnert werden dürfte, daß gerade auf dem Gebiet der Währungspolitik ein Wall von Vorurteilen (also falschen Theorien) dem Verständnis der Sachlage entgegensteht. Jener Grundgedanke besagt nichts anderes, als daß immer die Wirtschaftsführung das Primäre, die Währung das Sekundäre ist, und daß also kein Eingriff in die Wirtschaftsführung lediglich um der Wirkung auf den Stand der Wechselkurse willen vorgenommen werden darf. Dies ist, wenn man den Satz unbeirrt durch Schlagworte betrachtet, im Grunde etwas für jeden unbefangenen Hörer selbstverständliches. Niemand wird daran denken, die Entwicklung der Binnenwirtschaft von den Besonderheiten der Geldverfassung abhängig zu machen. Ebenso unverständlich wäre es, den internationalen Verkehr abhängig zu machen von dem Stand der Währungen, die doch nichts anderes darstellen als ein Werkzeug, das nach den Bedürfnissen des Wirtschaftsverkehrs eingerichtet werden soll, nicht aber bestimmend sein darf für die Entwicklung des Wirtschaftskörpers selbst.

Die entscheidende Frage unserer Außenhandelspolitik nach dem Kriege ist nicht, ob der Markkurs in London auf 20,40 oder auf 25 steht, sondern ob wir imstande sind, unsere Zahlungsbilanz auf der Basis irgend eines Kurses dauernd im Gleichgewicht zu halten. In der ersten Zeit nach dem Kriege wird dies Problem überhaupt nicht gelöst werden können, wenn wir nicht physisch, ökonomisch und politisch verkümmern wollen. Wir werden sehr viel mehr einführen müssen, als wir mit unserer Ausfuhr bezahlen können. Wir werden den Einfuhrüberschuß vermutlich auch nicht durch andere Posten der Zahlungsbilanz decken können, wenn nicht eine Kriegsschädigung in greifbarer Form unserer Währung zu Hilfe kommt. Deutschland wird also darauf angewiesen sein, Anleihen im Ausland aufzunehmen. Es wird ebensowenig davor zurückschrecken dürfen sich zu verschulden, wie ein Mann getadelt werden kann, der während einer Krankheit seine Ausgaben nicht im Rahmen der Einnahmen hält: es ist besser, seine Gesundheit wieder zu erlangen als schuldenfrei zu vegetieren. Daß in der gesamten Wirtschaft die äußerste Sparsamkeit herrschen muß, hat auch Herr Warburg auf das Eindrücklichste hervorgehoben. Auf die Einfuhr angewendet bedeutet diese Forderung, daß Deutschland nur so viel importieren darf, wie erforderlich ist, um Ernährung und Kleidung der Bevölkerung auf ein angemessenes Niveau zu heben und die Exportindustrie auf die Höhe ihrer Leistungsfähigkeit zu bringen. Denn wichtiger als alle Einfuhrverbote und Einfuhrkontingente ist die Steigerung der Ausfuhr und die Einschränkung des unnötigen Verbrauchs, die durch neue Steuern bewirkt werden muß — sehr viel mehr Steuern als die Regierung bisher angefordert und der Reichstag bisher bewilligt hat.

Ist der internationale Warenaustausch wieder in Gang, so wird Deutschland von der Ausgabewirtschaft zur Einnahmewirtschaft zurückkehren müssen: es wird dann auch daran denken müssen, seine Auslandsverschuldung schließlich abzutragen. Ob aber die Zahlungsbilanz dann auf der Basis des Münzparikurses am besten zu einer neuen Stabilität des Gleichgewichtes kommen kann oder auf Basis eines anderen Parikurses, muß eine offene Frage bleiben, die zudem nur von sekundärer Bedeutung ist.

Um dies anzuerkennen, muß man allerdings mit dem Glauben gebrochen haben, als seien die Valutakurse ein Anzeichen für den finanziellen, kommerziellen oder gar politischen Kredit des Landes; ein im Verhältnis zu den andern Valuten niedriger Markkurs

bedeute also einen nationalen Makel, der rasch getilgt werden müsse. Es scheint, daß die Großbanken, aber auch die Reichsbank bei diesem Dogma verharren, das von einer Reihe von neuern Währungspolitikern, darunter erfreulicherweise auch von Georg Bernhard, aufgegeben worden ist. Die Erfahrungen des Krieges haben zur Genüge bewiesen, daß die Valuta eine Ware wie jede andere ist, daß sich ihr Kurs wie der Preis jeder andern Ware im Preiskampf von Angebot und Nachfrage bestimmt, und daß politische und wirtschaftliche Stimmungen auf ihn nur so weit einwirken können, wie sie zu Käufen und Verkäufen führen. Das frühere Münzpari ist um nichts ehrenvoller als ein höherer oder niedrigerer Parikurs. Aberdies werden sich nach Friedensschluß alle Goldwährungsländer genötigt sehen, ihre Münzparitäten zu ändern, da bei der Andauer der Warenpreissteigerung der Goldbergbau unrentabel werden muß. Auch von hier aus gesehen erscheinen also die Münzparitäten, die sich vor dem Kriege aus den Münzfüßen ergaben, als relativ und durchaus nicht geeignet, als Richtlinien für die Gestaltung des internationalen Warenhandels zu dienen.

In keinem Fall aber wird die Beschränkung der Einfuhr als ein Argument für die Aufrechterhaltung des Devisenmonopols betrachtet werden dürfen. Die Durchführung der

Einfuhrpolitik kann, wo der Erlaß von Einfuhrverboten nicht ausreicht, in die Hand von Kontrollstellen gelegt werden, die über die Erlaubnis zur Einfuhr entscheiden mögen: die „Zuteilung“ von Devisen zu einem der Angelpunkte des Systems zu machen, würde nichts anderes bedeuten, als die schematische Übertragung einer höchst problematischen Methode der Kriegswirtschaft auf ein Gebiet, das jeder Rationierung spottet.

Wenn andere Gründe für die Beibehaltung des Devisenmonopols in der Zeit nach dem Kriege sprechen sollten, wie z. B. die Verhinderung der Kapitalflucht ins neutrale Ausland, so müssen diese Vorteile gegen die Schädigungen des deutschen Zahlungsverkehrs abgewogen werden, die in dem Warburgschen Referat anschaulich geschildert sind. Die Beeinflussung der Ein- und Ausfuhr ist durch ein weniger zweischneidiges Mittel möglich: [ja sie ist mit Hilfe des Devisenmonopols nur lückenhaft durchzuführen, denn sie kann alle die Geschäfte nicht erfassen, die unter Umgehung eines solchen Monopols geschlossen werden. Der Stand der Valuten wird stets ein beachtenswertes Symptom der Wirtschaftsführung sein: aber es ist auch immer falsch, die Krankheit durch Beschäftigung mit einem Symptom heilen zu wollen.

K. S.

## Die deutsche Industrie im Mai

### Produktion und Preisbildung

Seitens der für die Verhandlungen zur Aufbesserung der Preise für B-Produkte zuständigen Interessen-Vertretungen der Eisenindustrie wurde erklärt, daß diese Verhandlungen im Gegensatz zu der Ablehnung offiziöser Stellen seit mehreren Monaten mit der Kriegs-Rohstoffabteilung des Kriegsamtes geführt worden seien mit dem Endergebnis, daß sich die Kriegs-Rohstoffabteilung nicht mehr grundsätzlich ablehnend gegen eine Erhöhung der Eisenpreise verhalte. Die Weiterbehandlung liegt jetzt in den Händen des Haushaltsausschusses des Reichstages. Angeblickt ist auf Grund bestimmter Zusagen an die Eisenverbände ab 1. Juli d. J. mit einer Änderung der gegenwärtigen Preise zu rechnen.

Laut „R.-W. Z.“ Nr. 411 vom 26. 5. schweben an den zuständigen Stellen Verhandlungen, die eine geringe Verminderung der Kokserzeugung der dem Rhein.-Westf. Kohlen-Syndikat angeschlossenen Werke zum Ziele haben. Doch sei die Meldung von einer 6%igen Einschränkung der Kokserzeugung als verfrüht zu bezeichnen. Das Kohlen-Syndikat zeigte sich bemüht, die süddeutschen Lager zum Zwecke einer besseren Herbst- und Winterverföhrung aufzufüllen. Aus Interessentkreisen wird eine Erhöhung der Kohlenpreise vielfach verlangt. So wurde auf der Gewerkschaftsversammlung des Steinkohlenbergwerks Graf Bismarck in Bismarck darauf hingewiesen, daß die Nachvergütungen, die den Zechen von seiten des Syndikats zugingen, über kurz oder lang aufhören würden und daß, wenn die Zechen nicht mit Fehlbeträgen arbeiten sollten, eine Preissteigerung unbedingt eintreten müsse.

Die Deutsche Benzol-Vereinigung kündigte den Lieferungsvertrag mit der Heeresverwaltung, da bei den Preisen für das Vorprodukt die vereinbarten Rohbenzolpreise nicht mehr auskömmlich seien.

Der Reichskommissar für Zement hat bekanntgegeben, daß die am 20. Dezember 1917 festgesetzten Zementpreise auch für das dritte Vierteljahr 1918 unverändert bleiben.

Wie das Kalisyndikat mitteilt, liegen außer einer gewaltigen Anzahl rückständiger Bestellungen auf Rohsalze und 20%ige Düngesalze Aufträge über mehr als 3 Mill. dz Chlorkalium für landwirtschaftliche Zwecke vor. Die Erledigung bis

zum Oktober sei nur möglich, wenn die Behörden den Werken hinsichtlich der Kohlenverföhrung, der Arbeiter- und Gefangenengestellung, namentlich aber durch Zuweisung von Handwerkernteil weiteste Berücksichtigung zeigten. Die Verteilungstelle für die Kaliindustrie hat das Gesamtkontingent für das Jahr 1918 auf 10 561 000 dz reinen Kalis festgesetzt, von dem 9 186 000 dz auf das Inland und 1 375 000 dz auf das Ausland entfallen. Vergleicht man die einzelnen Hauptprodukte mit den Kontingenten, wie sie für das Jahr 1917 im Dezember v. J. nachträglich festgesetzt worden sind, so ergibt sich, daß die Inlandskontingente für Rohsalze mit 3 360 000 dz gegen 3 200 000 dz, die für Düngesalze von 20—22 v. H. K<sub>2</sub>O mit 1 191 000 dz (1 200 000), die für Düngesalze von 40—42 v. H. mit 2 551 000 dz (Anfang 1917 : 4 150 000) und die für Chlorkalium mit 1 498 000 dz (1 400 000) festgesetzt sind.

Der Verein deutscher Spiegelglas-Fabrikanten hat eine Erhöhung der Verkaufspreise für Spiegelglas vorgenommen, doch haben nicht alle Glasarten eine Preisserhöhung erfahren.

### Kapitalserhöhungen

Die eingeklammerten Zahlen geben das bisherige Kapital an.

	Wertzahlen in 1000 M.
Harkortsche Bergwerke u. Chem. Fabr.	600 (8 400)
Verein für Chemische Industrie, Mainz	500 (4 500)
Eisen- und Stahlwerk Hösch	12 000 (28 000)
Bernburger Maschinenfabrik Alfeld	800 (2 400)
Deutsche Continentale Gasgesellschaft	10 800 (28 200)
Flensburger Dampfer-Compagnie	2 000 (2 000)
Ozean-Dampfer A. G., Flensburg	1 200 (1 200)
Vereinigte Bugstier- u. Frachtschiffahrts-Gesellschaft	4 000 (2 000)
Amme, Gießeecke & Ronnen, Braunschweig	2 000 (4 000)
Alkaliwerke, Ronnenberg	4 000 (14 000)
Runstrohstoff A. G.	1 000 (1 000)
Rhein. Versicherungs A. G., Köln	3 000 (5 000)
Deutsche Versicherungs-Ges., Bremen	1 000 (3 000)
Gewelsberger Aktienbrauerei	÷ 337 + 787 (1 350)